

Staatsbankrott – was kommt danach?

Der Versuch einer Vorschau für den Investor und Leser von Hartgeld.com.

Autor: Anonymus

Einleitung

Jedwelche Vorschau auf was nach dem großen Crash politisch und gesellschaftlich kommt, ist derzeit Kaffeesudleserei. Es ist jedoch möglich, aus historischen Beispielen vergleichbarer Krisen und Crashes und den aktuellen Entwicklungen heraus gewisse Ableitungen zu treffen, auf die man sich wird wahrscheinlich einstellen können. Ich werde daher versuchen, die meiner persönlichen Ansicht nach wahrscheinlichsten Möglichkeiten zu erläutern, und welche Folgen diese Entwicklung auf EM-Investoren haben kann. Das kann durchaus provokant oder kontroversiell sein. Daher verstehe ich dieses Papier vor allem als Diskussionspapier, hoffe also auf Widerspruch und eine lebhafte Diskussion auf Hartgeld.com.

Der Crash

Ich denke, jedem regelmäßigen Leser von Hartgeld.com ist es inzwischen klar, warum und wieso es zu einem (mehr oder weniger) vollständigen Crash des Währungs-, Finanz- und Wirtschaftssystems, wie es derzeit existiert (fiat money, auf Schulden gebaut) kommen muss.

Ich persönlich schließe mich hier dem (Zweck-?)Optimismus vieler Hartgeld.com-Beiträge nicht an, die von einer baldigen, mehr oder weniger kontrollierten und mit möglichst geringen Kollateralschäden ablaufenden Währungsreform inkl. Haircut ausgehen. So, wie die Menetekel derzeit an die Wand gepinselt sind, mauern unsere Regierungen (von Volksvertretern wagt man hier ja kaum noch zu sprechen) bis zum bitteren Ende. Dies alles wird vom Systemmedienkartell gedeckt, mit einem flächendeckenden Propagandateppich.

Wenn die vom Goebbels-Ministerium für Volksverdummung gebildete Massenmeinung derzeit irgendein Maßstab ist, so sind in der Reihenfolge Schuld an unserer Krise in Europa: Spekulanten und Hedgefonds, die USA, die Chinesen, die uns die Arbeitsplätze vernichten. Selbst sogenannte „Experten“ (wie mein Steuerberater, aber auch viele Wirtschaftsjournalisten) geben als Meinung von sich, dass die Staaten als solches die Krise der (Kredit-)Wirtschaft bis 2012 überstanden haben und dannach wieder mit zügigem Wachstum zu rechnen ist. Die Verschuldung wird leicht genommen, muss man eben mehr sparen. So brainwashed muss man erst mal sein!

Aus diesem oben genannten Argument steht für mich folgendes fest:

- Die Krise wird durch eine „Kopf-in-den-Sand“-Taktik nicht weg gehen.

- Statt einer koordinierten, geplanten Abwicklung der Finanz- und Schuldenkrise durch geordneten Staatsbankrott mit Währungsreform, Haircut und geordnetem Neuanfang kommt es zu einem Fortwursteln bis zum bitteren Ende.
- Das Ende erfolgt nach meiner Ansicht (im Gegensatz zu manchen Hartgeld.com-Beiträgen) nicht vor 2012 und wird recht gewalttätig sein. Davor wird jedes denkbare und derzeit undenkbbare Mittel zum Fortwursteln ausgenutzt worden sein, ob legal oder illegal.
- Es wird durch das Fortwursteln den Politikern die Fähigkeit zu handeln genommen sein. Wer von den politischen Eliten dann den Notplan B fertig in der Schublade hat, kann möglicherweise wenigstens sich selbst und vielleicht noch seinen Staat als Staatsgebilde retten. Ein gezieltes Abwickeln der Staatssanierung wird aus meiner Sicht dann nicht mehr möglich sein (außer vielleicht in der Schweiz?).
- Es wird auf Basis der reihenweisen Staatsbankrotte in Europa zu einem kurzfristigen Zusammenbruch der staatlichen Ordnung aller EU-Länder kommen. Was in dieses Machtvakuum hineinstoßen wird, und wie lange das Vakuum dauern wird, ist derzeit weitestgehend unklar. Vermutungen präsentiere ich hier für Deutschland und Österreich einige und gebe auch Wahrscheinlichkeiten dafür an. Auf jeden Fall werden diese Zeiten gewalttätig sein, vor allem in den größeren Städten.
- Es kommt auf jeden Fall im Zuge des Zusammenbruchs oder unmittelbar danach zu einer massiven Rückkehr des staatlichen Gewaltmonopols. Bis dorthin, dass Polizei- und Militäreinheiten auf Befehl ihrer höheren Offiziere nötigenfalls auch ohne politische Deckung gem. dem im Gesetz festgeschriebenen Auftrag zur Sicherung im Inneren wie Äußeren agieren und einen Staat durchsetzen, der möglicherweise mit der libertären Demokratie heutiger Prägung nicht mehr viel gemein hat. Die Frage ist nur, auf welche Seite sich Militär und Polizei schlagen werden. Volk? Machteliten? Neue Eliten? Eigene Wege?

Das Machtvakuum

In dem Augenblick, wo alles zusammen bricht und alle Zahlungen eingestellt werden, wo selbst im gemächlichen Österreich und im obrigkeitshörigen Deutschland die Massen bisheriger Sozialhilfeempfänger und alle dann Arbeitslosen sich zusammen rotten, in dem Augenblick wird bei derzeitiger Nichtführung der Politiker das System wie eine alte Vakuumröhre eines Fernsehers implodieren. Das derzeitige Establishment ist nicht geeignet, unwidersprochene rasche Entscheidungen zu treffen. Dazu kommt, dass viele politische Eliten vom plötzlichen und radikalen Zusammenbruch des Systems wie unter Schock stehen werden. Auch erhält man in den schicken Parteiakademien und MBA-Kursen keine Ausbildung, wie man in Zeiten der Krisen plötzlich nach Jahren des Buckelns und Spechelleckens, bzw. des Verantwortung Abschiebens genau diese Verantwortung und Leadership übernimmt und mit klaren, einfachen Befehlen die Macht des Handelns an sich reißt.

Die Frage ist ja auch, ob es zu diesem Zeitpunkt überhaupt noch den Wunsch des politischen Elitenestablishments gibt, hier Entscheidungen zu treffen. Denn wo derzeit keine Alternative und keine Gefahr droht, da wechselt eben in harten oder stürmischen Zeiten der Wählerfokus von der einen Seite des Spektrums auf die andere, so ist man das gewohnt. Zu einem echten Austausch der Machteliten kommt es bisher nicht. Und genau für einen echten Austausch scheint es von den derzeitigen Machteliten kein Gegenkonzept zu geben.

Blick in die Geschichte

Egal, wohin man blickt, jede Machtelite hat bis zum bitteren und letzten Ende ausgeharrt. Letztlich ist in Umbruchzeiten jede Machtelite von der Straße aus vertrieben worden, wenn sie nicht davor von externen Eroberern vernichtet wurde. Beispiele aus Deutschland gefällig? Der Zusammenbruch der DDR erfolgte von der Straße aus – „Wir sind das Volk“. Davor, 1945, sind die Nazis von externen Eroberern (euphemisch „Befreier“ genannt) aus Amt und Unwürden vertrieben worden. Weiter davor hat die gewaltsame Reinigung von Politik und Gesellschaft 1933 (auf Druck der Straße, der Arbeitslosen und Entrechteten, organisiert von der NSDAP im Röhm-Putsch) überhaupt erst die Nazis fest an die Macht und die alten Eliten in die Emigration oder ins KZ gebracht. Hier hatte der libertäre demokratische Staat auch kein probates Gegenmittel. 1918 gab es einfach keine staatlichen kaiserlichen Kräfte mehr, auch da hat der Druck der Straße etwas Neues gebracht.

Für Österreich gilt analog ähnliches. Das einzige Land in Europa, dass in den letzten 150 Jahren sich aus größerer Distanz gesehen als weitestgehend krisensicher erwiesen hat, war die Schweiz.

Was passiert jetzt nach dem Crash?

Man muss hier sicher Deutschland, Österreich und die Schweiz unterscheiden, da alle drei Staaten mit unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Voraussetzungen in die globale Staatsschuldenkrise gehen. Ich bin für die Schweiz keinesfalls kompetent und werde sie daher auslassen. Wenn ein Leser dieses Artikels den Wunsch verspürt, eine Aufarbeitung der Schweiz zu machen, freut mich das. Ich bin mir sicher, die Ergänzung findet ihren Weg auf die Seite von Hartgeld.com.

Es sind in jedem Land mehrere Szenarien denkbar, ich gebe meine Einschätzung der Wahrscheinlichkeit mit dazu.

Deutschland

Wirtschaftliche Voraussetzungen: Starke exportorientierte Wirtschaft. Unter Wirtschaftstreibenden durchaus vorhandenes National-Gefühl. Deutschland hat international einen guten Ruf als Erzeuger von hochwertigen Waren. Inwieweit dieser Ruf (noch) gerechtfertigt ist, sei dahingestellt.

Finanzielle Voraussetzungen: Stark überschuldeter Staat, geplündert durch den französisch-neokolonialistischen EU-Wahnsinn und die eigenen Eliten.

Edelmetallstatus: Ungenügend. Jene Reserven, die in den USA lagern, sind möglicherweise vom Goldkartell als „Unterfutter“ ihrer Schwindelpapiere missbraucht und im Fall des Bankrotts der USA definitiv gefährdet. Eigene staatliche Reserven innerhalb Deutschland sind inzwischen kaum noch vorhanden.

Politische Voraussetzungen: Etablierte Linkspartei anstelle kommunistischer Sekten oder starker, einheitlicher Sozialdemokratie. Rechts der CDU ein 20%-Machtvakuum, dass in Bayern teilweise von

der CSU gefüllt wird. Derzeit ist rechts keine charismatische Führungsfigur vorhanden, die wie bei der Linkspartei ein Oskar Lafontaine diese 20 % einsammelt und parteilich strukturiert.

Soziale Voraussetzungen: Jahre der Verwöhnung mit dem 100% Versorgungsstaat und Unterminierung von Leistungsbereitschaft und Risikobereitschaft haben das einstige Volk des Wirtschaftswunders in einem erbärmlichen Zustand hinterlassen. Überfremdung und offene Bevorzugung all jener, die nicht beitragen und leisten, haben die Moral und Arbeitskraft nachhaltig unterminiert. Dominanter MuKu-Wahn prägte die letzten Jahre und Jahrzehnte, inzwischen werden aber selbst ausgewiesene Systemmedien (u.a. ARD, ZDF, FAZ, aber auch das Springer-Kartell) hier sensibler.

Bekannte Notfallpläne: Einführung von DMII.

Folgende Szenarien sind denkbar:

- Linkspartei / Kommunistische Renaissance
- Es passiert gar nichts, SPD kommt ans Ruder, 10 Jahre später wieder CDU/FDP
- Bundeswehrdiktatur / technokratisches oder rechtes Regime
- Zusammenbruch in Einzelstaaten
- Diktatur des Establishments
- Unwahrscheinlich: Das Volk organisiert sich und jagt das Establishment zum Teufel
- Unwahrscheinlich: EM-Partei, Vernunftpartei, o.ä. erreicht die Macht

Im Einzelnen:

1) Linkspartei / Kommunistische Renaissance

Die Linkspartei verfügt über funktionierende Strukturen v.a. in den neuen Bundesländern. Sie hat genug charismatische Köpfe, einen funktionierenden Nachwuchs, Propagandaerfahrung, ist nicht zu weit weg vom Establishment, hat aber im Zweifel den Bonus der revolutionären Vergangenheit, der linken Kapitalismuskritik und der starken geistigen Verankerung in den Medien. Obwohl auch dem MuKu-Wahn verfallen, hat sich die Linke hier nicht so stark überexponiert wie die Grünen und kann daher im Fall der Fälle deutlich nationalere Töne anschlagen, ohne das Gesicht zu verlieren.

Diese Partei ist unverbraucht und wenig exponiert und belastet durch Regierungsarbeit. Und die Linkspartei wird glaubhaft versichern können, am kapitalistischen Spekulantentwahn keine politische Mitschuld zu tragen.

Dazu kommt, dass viele Deutsche die Vollkaskomentalität, die die Linken predigen, bevorzugen und alleine deshalb bei der Suche nach Alternativen zum Establishment dort fündig werden können. Weiters hat die Linkspartei revolutionäre Kader und Flügel, die bereit sind, für eine Sache auch den Druck auf der Straße aufzubauen. Also wird die Linke fast sicher zumindest den Versuch der Machtübernahme wagen können. Erfahrungen mit kommunistischen Volksrepubliken, StaSi und Volksaufständen (Panzerkommunismus) hat die Partei. Ob sie es tut, wird sich zeigen.

Wahrscheinlichkeit: 40 %.

Ergebnis: Kommunistische Diktatur oder stark kommunistisch geprägter Sozialstaat. Möglicherweise mit stark nationalen Untertönen.

Für den EM-Investor: Packen und abhauen.

2) Es passiert gar nichts

Wir sprechen hier von Deutschland, einem Obrigkeitsstaat, in dem man manchmal den Eindruck hat, dass auch das Lachen nur auf Befehl oder per Gesetz geregelt erfolgt. Wenn ich mir manche Kommentare von Staatschafen auf Hartgeld durchlese, beschleicht mich das entsetzliche Gefühl, dass eine Revolution nur dann erfolgt, wenn vorher zumindest ein wichtiges Regierungsmitglied die Erlaubnis dafür gegeben hat.

Daher kann es durchaus sein, dass nach einigen Wochen der Unruhe und der politischen Unsicherheit die Machtverhältnisse dahingehend sich normalisieren, als dass nach einem vorzeitigen Rücktritt der Frau Bundeskanzlerin und den darauf umgehenden Neuwahlen einfach nur die SPD (ggf. mit oder ohne Grünen im Schlepptau, bzw. mit oder ohne Linke) an die Macht gespült wird. Eine Klatsche von mehr als 20 % weniger für FDP und CDU/CSU wäre vielleicht schon genug, um den Blutdurst der Massen zu stillen, Gesetz zur Abhaltung einer Revolution kommt nicht und daher passiert auch nichts weiter.

Wahrscheinlichkeit: 35 %.

Ergebnis: Machtwechsel. Möglicherweise leichte Re-Nationalisierung, neue Steuerbelastungen.

Für den EM-Investor: abwarten, bis die Fiat - DM II durch was Anständiges ersetzt wird, was in Anbetracht der handelnden Personen und Parteien mit ihren derzeitigen Konzepten nicht lange dauern dürfte.

3) Bundeswehrdiktatur / rechte Regierung

Das für den EM-Investor vermutlich positivste Szenario wäre, dass die Bundeswehr auch ohne politische Rückendeckung im Krisenfall ihren gesetzlichen Auftrag zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung wahrnimmt. Vermutlich setzt die Bundeswehr eine Übergangsregierung von ihr genehmen Köpfen ein, die den Staat nach eher national-autoritären Gesichtspunkten verändern werden. Ob und in wie weit eine solide Wirtschaftspolitik von Bundeswehrleuten zu erwarten ist, weiß ich nicht. Wenn aber das Militär das macht, was es bei der Wirtschaft meistens macht, wenn es die Macht übernimmt, dann sucht die Bundeswehr Leute mit ausgewiesener Expertise und frischen Ideen, die nicht aus dem Kreis des Establishements kommen, das die Krise verursacht hat. Was ja nicht die schlechteste Entwicklung wäre.

Wahrscheinlichkeit: 10 %. Wäre höher, wenn es in Deutschland noch die preussischen Traditionen lebendig gäbe.

Ergebnis: mehr oder weniger positive und den Staat mehr oder weniger nachhaltig reformierende „Diktatur der Experten“ unter Hoheit der Bundeswehr. Vermutlich keine Dauereinrichtung, aber wichtig, um alte Zöpfe los zu werden. DM II neu möglicherweise gleich an beständige Werte gekoppelt.

Für den EM-Investor: keine besonderen Verhaltensmaßnahmen. Dieses Szenario wäre voraussichtlich das für Deutschland und für den EM-Investor wirtschaftlich zuträglichste Szenario, da vielleicht genug wirtschaftliche Vernunft an der Regierung wäre, um eine wie auch immer (EM?) gedeckte Währung neu einzuführen.

4) Zersplitterung Deutschlands

Derzeit ist wohl an eine Zersplitterung Deutschlands nicht zu denken, aber wenn alles zusammen bricht, kann ein Sololauf der Bayern (CSU bekannt kritisch gegenüber Berlin), ggf. auch von Baden-Württemberg und einem „Hansebund Norddeutschland“ möglich sein. Mit

jeweils regional unterschiedlichen Staatsverfassungen. Ob das aber die Bundeswehr zulassen wird, die gem. Grundgesetz die Einheit Deutschlands zu schützen hat, wage ich zu bezweifeln. Es wird zumindest den Versuch der Reste staatlicher Ordnung geben, eine Spaltung aufzuhalten.

Wahrscheinlichkeit: 10 %.

Ergebnis: Mehrere Einzelstaaten anstelle Deutschlands, mit unterschiedlichen (Wirtschafts-) Politiken.

Für den EM-Investor: Nachdem wirtschaftlich jeder Nachfolgestaat Deutschlands autonom seine Politik finden muss, muss der EM-Investor flexibel genug sein, rechtzeitig in die Nachfolgestaaten seiner Wahl zu migrieren. Ansonsten richtet sich jede weitere Handlung nach den Rahmenbedingungen des jeweiligen Nachfolgestaats.

5) Diktatur des Establishements

Wir erleben in Deutschland immerhin eine Bundeskanzlerin, die durchaus Erfahrungen mit funktionierenden Diktaturen mitbringt. An welchen Hebeln man drücken muss, um in Deutschland eine funktionierende Diktatur zu etablieren, weiß die vermutete IM im Bundeskanzleramt sicher auch. Ob sie dazu aber sowohl den nötigen Mut und die nötige Entscheidungsfreude mitbringt, als auch ob sie mit dem ausgehöhlten staatlichen Gewaltapparat diese Diktatur etablieren kann (jedenfalls auf längere Zeit), ist doch eher stark zu bezweifeln.

Wahrscheinlichkeit: 4 %.

Ergebnis: Merkeliges Fortwursteln mit Mitteln einer Diktatur. DMII als geistige Totgeburt, Europa als lebender Leichnam auch weiterhin künstlich aus dem Blut Deutschlands am Leben erhalten.

Für den EM-Investor: Auswandern oder abwarten. Auch so ein künstliches Gewaltgebilde kann nicht ewig stehen.

Bemerkung: Zum Glück erscheint diese Alternative dem Autor als extrem unwahrscheinlich.

6) Das Volk organisiert sich / eine EM-Partei oder Vernunft-Partei kommt an die Macht

Die beiden unwahrscheinlichsten Varianten in einem Aufwaschen: Kurz zusammengefasst, ich kann mir für Deutschland eine solche Variante einfach nicht vorstellen. Wenn es zum Bürgerkrieg kommt, dann kommt es noch eher zur Aufspaltung Deutschlands als zu einer einheitlichen Reaktion Volk vs. Establishment. Eine EM-Partei hätte in der Krise den Vorteil, jedwelche Aktivität finanzieren zu können. Die Vernunftpartei hätte diesen Vorteil vermutlich nicht. Mit Geld kann man erstaunlich viel bewegen. Aber soweit ich derzeit das Spektrum der EM-Investoren abschätzen kann, dass sich auf Hartgeld.com abbildet, ist es viel zu uneinheitlich und viel zu individualistisch veranlagt, um gemeinsame Aktionen sinnvoll koordinieren zu können, was aber nötig wäre, um die Herrschaft im Staat zu übernehmen. Kompetenz wäre definitiv vorhanden, aber es fehlen die „Leithammel“ und eine einheitliche Programmatik.

Wahrscheinlichkeit: 1 %.

Ergebnis: Wünschenswert, aber unwahrscheinlich.

Für den EM-Investor: Eine EM-Partei wäre ein Segen. Alles andere abzuwarten.

Als völlig unrealistisch können gelten (aus diversen anderen Foren übernommen): Restauration einer deutschen oder preussischen / bayrischen, etc. kaiserlichen oder königlichen Herrschaft.

Restauration des 3. Reichs (oder Neugründung eines solchen, etc). Das sind reine Spinnereien ohne Grundlage und im Fall des 3. Reichs sogar extrem bedenklich (und „sozialistisch“)!

Österreich

Wirtschaftliche Voraussetzungen: Starke Ausrichtung der Wirtschaft auf Dienstleistung (Tourismus, Banken), Mittelstand und Handel. Einzelne Unternehmen in Sparten und Nischen von Weltruhm, aber keine großen Leitbetriebe á la Mercedes, Volkswagen wie in Deutschland. Starke Abhängigkeit der Wirtschaft vom großen Nachbarn Deutschland.

Finanzielle Voraussetzungen: Stark überschuldeter Staat, geplündert durch vor allem eigene Begehrlichkeiten österreichischer Politiker, nur nachrangig durch den französisch-neokolonialen EU-Wahnsinn, trotz Nettozahlerstatus. In Österreich mehr noch als in Deutschland und in der Schweiz dominiert in Gesellschaft und Medien ein „Beamtenstaat“, was sich auch in der Menge an beamteten bzw. staatsnahen Arbeitsplätzen bemerkbar macht. Eine Reform dieses sehr staatslastigen Systems ist derzeit trotz Krise noch nicht in Sicht.

Edelmetallstatus: Ungenügend, aber starke Verankerung im Münzgeschäft. Auch die österreichische Nationalbank hat keine Reserven zur Wiedereinführung einer EM-gedeckten Währung. Das Gold, das sie im Inland hatte, ist über die Münze Österreich privatisiert worden.

Politische Voraussetzungen: Österreich hat links der Mitte zwei etablierte Parteien, SPÖ und Grüne, beide im MuKu-Wahn gefangen und pro-EU. Die Kommunisten sind marginalisiert und eine Gruppe von Spinnern. Eine Linkspartei geistert als Chimäre immer wieder durch die Medien, ist aber derzeit eher unwahrscheinlich, auch mangels „Gesichter“, die bekannt sind. Auf der rechten Seite leistet sich Österreich drei Parteien, wobei die ÖVP durch Pro-EU- und entbehrlichen Wortspenden zum MuKu immer wieder unangenehm auffällt und sich manchmal sehr „mittig“ positioniert. Regelmäßig wird dem österreichischen Mittelstand, der der Träger dieser Partei sein sollte, in den Rücken gefallen, indem man weiter Steuern erhöht und sich seitens dieser Partei neue Hürden für Unternehmer einfallen lässt. Dafür werden die Beamten Österreichs von dieser Establishment-Partei hofiert. Weiter rechts befinden sich mit BZÖ und FPÖ zwei fast zum verwechseln ähnliche Parteien, wobei sich das BZÖ um die Etablierung als Liberal-konservative Kraft zu bemühen scheint, während die FPÖ die eher national-deutschnational-EUKritischen und vor allem die MuKu-kritischen Wähler bedient.

Soziale Voraussetzungen: Ähnliche soziale Voraussetzungen wie in Deutschland (100%-Versorgungsstaat, MuKu-Wahn, Unterminierung der Leistungsbereitschaft), wobei zwei Österreichspezifika zu erwähnen sind: Dezentraler Beamten- und Kammeralstaat (Stichwort: Bundesländerverwaltungen, Kammern), kein Harz-IV. Positiv zuerst: In Österreich ist der Harz-IV-Wahn zum Glück bisher an der Bevölkerung vorbei gegangen. Das AMS-System der Arbeitsmarktverwaltung (sic!) und die Arbeitslosenversicherung sind bisher ausreichend, sonst gibt es auf Gemeinde- und Landesebene Sozialhilfe. Da ist weniger Zwang im System, einigermaßen ausgebildete Arbeitswillige finden in der Regel auch wieder rasch Jobs. Negativ ist die starke Regionalisierung der Verwaltung mit fast omnipotenten Landeshauptleuten, die Geldverschwender erster Ordnung sind und sich riesige Beamtenheere halten. Dazu überbordernder Kammerzwang (alles ist in Kammern und Standesvertretungen zwangsorganisiert), was zur Überbürokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft führt.

Bekannte Notfallpläne: Offiziell keine. Gerüchteweise Ausstiegspläne zum Euro.

Folgende Szenarien sind denkbar:

- Machtübernahme FPÖ
- Kalter Putsch der SPÖ = Diktatur des Establishements
- Militärdiktatur / technokratisches oder rechtes Regime
- Unwahrscheinlich: Das Volk organisiert sich und jagt das Establishment zum Teufel
- Unwahrscheinlich: EM-Partei, Vernunftpartei, o.ä. erreicht die Macht

Im Einzelnen:

1) Machtübernahme der FPÖ

Egal, welche Krise Österreich erschüttert hat, in den letzten 20 Jahren hat das ausschließlich einer Partei genützt, der FPÖ. Und wenn man die Krisen oder Themen erst selbst erfinden hat müssen.

Die FPÖ ist insofern einzigartig in Österreich, als das sie in der Substanz eine bunte Mischung darstellt diverser (deutsch-)national-sozialer, liberaler und in den letzten Jahren zunehmend EU-kritischer Strömungen, zusammengehalten von um innerparteilichen Ausgleich bemühten charismatischen Partei“führern“, mit nur geringen nachhaltig medienpräsenten Leuten aus der 2. Reihe. Einigen dieser Leute kann man allerdings fachliche Kompetenz unterstellen. Die FPÖ ist die einzige Partei Österreichs, die sich bisher und nachhaltig vorbehaltlos zu Heer und Polizei bekannt hat und dem MuKu-Wahn eine Absage nach der anderen erteilt. Dazu kommt ein Schuss gestandener Kapitalismuskritik, was diese Partei in den Augen sowohl der Gewaltenträger im Staat (Heer, Polizei), als auch weiter Teile der Bevölkerung zu einer echten Alternative zum Establishment erscheinen lassen wird.

Damit diese Partei an die Macht kommt, bedarf es eines Regierungsrücktritts mit Neuwahlen mitten in der Krise, einer Militärdiktatur (unwahrscheinlich) oder eines Zusammenbruchs der staatlichen Ordnung mit Neuorganisation nach nationalen und autoritären Grundsätzen. Dann ist die FPÖ die Partei der Wahl und vermutlich die einzige Alternative zum Establishment in Österreich. Die Faktoren, die den Erfolg dieser Partei im Augenblick des Zusammenbruchs aufhalten können: Diktatur des Establishements, eigene dünne Personaldecke, eigene erschreckende taktische Fehler (wie bereits in der Vergangenheit gelegentlich gezeigt). Ansonsten ist es die Partei der nächsten 10 Jahre in Österreich.

Bedenklich stimmt mich nur die dünne Personaldecke an profilierten Experten und die Neigung zu Verschwendung und Korruption, wenn sie mal an die Regierung kommt (siehe: KH Grasser, S. Riess-Passer).

Wahrscheinlichkeit: 65 %.

Ergebnis: Wirtschaftlich kocht auch diese Partei nur mit Wasser. Sie war jedoch in der Vergangenheit nicht Beraterresistent und suchte auch Abseits des Establishements nach Lösungen und Wegen. Eine der wenigen Parteien mit Leuten, die wenigstens ansatzweise Mises, Hayek oder andere Austrian Economics gelesen haben. Vermutlich ist die FPÖ als Non-Establishment in der Krise noch die beste Alternative zu den Pro-EU MuKu-Wahnsinnigen.

Das hier bitte aber nicht als Wahlempfehlung zu verstehen, sondern ultima ratio!

Für den EM-Investor: Vermutlich die beste Lösung. Es sollte sich eine kapitalismusfreundliche, mit einer gedeckten Währung und stark entbürokratisierte Wirtschaftsordnung in Österreich unter dieser Partei etablieren können. Es könnte aber

leider auch ganz anders kommen, nämlich, wenn der national-soziale Flügel seine altbackenen Konzepte exhumiert oder wenn der Korruptions-Schlendrian wieder einkehrt.

2) Kalter Putsch der SPÖ / Diktatur des Establishements

Die SPÖ und die ÖVP haben sich Österreich proporzmäßig über viele Jahrzehnte aufgeteilt. Da die ÖVP bereits seit vielen Jahren erodiert, sind viele „schwarze“ Bastionen, z.B. das Bundesheer, inzwischen umstrittenes Territorium mit vielen SPÖlern und vor allem FPÖlern. Die Medien sind bis fast zur „Mediendiktatur“ in der Hand der SPÖ oder von SPÖ-freundlichen Redakteuren durchsetzt, mit wenigen Ausnahmen (mit Abstrichen die Kronzeitung, Die Presse). Nachdem die SPÖ also an fast allen Schalthebeln in Österreich ihre Leute sitzen hat, kann sie theoretisch in Zeiten der Krise eine Quasidiktatur errichten, indem sie alles an äußeren Feindbildern fest macht („die Spekulanten“) und dann versucht, dem Land ihre austromarxistischen Versatzstücke unter dem Mantel der „Kapitalismusbremse“ aufzuzwingen. Die Frage ist, in wie weit das von breiteren Teilen der Bevölkerung und vor allem von Polizei und Militär getragen wird. Vielleicht ist es auch nur ein Zwischenspiel vor einer Militärdiktatur / Technokratenregierung. Damit dieser kalte Putsch funktioniert, müsste die SPÖ bei ihrem MuKu-Wahn in etwa eine saubere 180°-Wende hinlegen und bei der EU-Kritik eine Wende von immer noch etwa 120°, aber unmöglich ist in harten Zeiten (mit „harten Maßnahmen“) gar nichts. Ob die derzeitige Parteiführung dafür aber den Mut hat, darf in Anbetracht der bisherigen gezeigten Führungseigenschaften der Parteileitung bezweifelt werden. Wahrscheinlichkeit: 25 %.

Ergebnis: Die SPÖ verstaatlicht oder konfisziert über Steuern auch noch den letzten Rest des freien Österreich, inkl. aller privaten Goldreserven (so sie deren habhaft wird).

Für den EM-Investor: Flucht oder in voraussichtlicher Illegalität ausharren und auf was Besseres hoffen – aber besser ist vermutlich das Auswandern.

3) Militärdiktatur / „rechte“ technokratische Regierung

Gegeben, die FPÖ kann oder will sich in der Krise der Verantwortung als Regierungspartei nicht stellen. Gegeben, es gibt keine andere Partei, die von der erzürnten Bevölkerung an der Regierung geduldet wird. Gegeben, das Militär und die Polizei gehen auch ohne explizitem politischem Auftrag gem. ihren verfassungsmäßigen Aufträgen vor. Dann müsste eigentlich ein handlungsfähiger Bundespräsident als oberster „Heereschef“ ein Technokratenkabinett einsetzen und dieses müsste mit freien Mehrheiten im Parlament (sofern es ein solches dann noch handlungsfähig gibt) regieren. Denkbar wäre so was, aber eher unwahrscheinlich. Denn der derzeitige Bundespräsident Österreichs ist ein braver Parteisoldat, der dann eben versuchen würde, seiner Partei (SPÖ) die Regierung zuzuschancen und wir hätten eben eine SPÖ-Diktatur in Österreich (siehe dort). Mit allen unangenehmen Begleiterscheinungen.

Wahrscheinlichkeit: 9 %.

Ergebnis: Ein vom Establishment unabhängiges Expertenkabinett in Österreich ist eigentlich undenkbar – denn welche „Experten“ in Österreich gehören nicht automatisch zum Establishment? Leider wird so ein Kabinett auch nichts für Österreich erreichen können und irgendwann wegen Erfolglosigkeit abtreten. Wenn Österreich in einer solchen Situation Glück hat, kann man sich irgendwie an Deutschland anhängen (mit Bindung der eigenen Währung an den großen Bruder) und dann ist Österreich eben wie gehabt wieder der Appendix im Süden. Keine berauschende Perspektive, aber mit den handelnden Personen in Österreich vermutlich nicht anders machbar. Echte Experten und große Staatsmänner in Österreich sind

derzeit weit und breit keine zu sehen und Walter K. Eichelburg oder den SUV-Fahrer wird man weder von Seiten des Heeres als auch von Seiten des Establishments wohl kaum bitten, hier zu helfen. Dafür sind beide zu unabhängig, zu wenig korrupt und viel zu exponiert als Experten.

Für den EM-Investor: Mit Glück wirds vielleicht was mit einer intelligenten Wirtschaftspolitik. Ansonsten eher „gute Nacht“. Die beste Alternative in diesem Szenario wird da noch die Bindung an Deutschland sein.

4) Das Volk organisiert sich / eine EM-Partei oder Vernunft-Partei kommt an die Macht

Die beiden unwahrscheinlichsten Varianten in einem Aufwaschen: Siehe Deutschland.

Wahrscheinlichkeit: 1 %.

Ergebnis: Wünschenswert, aber unwahrscheinlich.

Für den EM-Investor: Eine EM-Partei wäre ein Segen. Alles andere abzuwarten.

Nicht besprochen ist die Restauration einer Kaiserherrschaft in Österreich – zu abwägig, und was soll so ein Herrscher besser machen? Außerdem, will wirklich wer den Charly Habsburg als „Päsident auf Lebenszeit“ in Österreich?! Auch nicht besprochen wird eine Aufspaltung Österreichs. Alleine Vorarlberg könnte sich der Schweiz anschließen, vielleicht. In Kärnten wären neue und alte Eliten völlig verblödet, sich vom Rest Österreichs abzuspalten –das Bundesland ist de facto bankrott. Tirol könnte mehr Eigenständigkeit fordern, aber eine Abspaltung ist eher unwahrscheinlich, wenn dann noch ein Anschluss Tirols an Bayern – und das werden die Traditionalisten dort wohl kaum für Gut heißen.

Ich freue mich auf eine interessante Diskussion auf Hartgeld.com.

Sie erreichen den Autor direkt unter: dernettewolf@gmx.at

Disclaimer:

Dieser Artikel ist als völlig unverbindliche Information anzusehen und entspricht keinerlei Anlage- oder sonstigen Finanzierungsempfehlung. Dieser Artikel entspricht einer unterhaltenden Fiktion. Eine Haftung des Autors oder von Hartgeld.com für den Inhalt des Artikels oder daraus abgeleiteter Aktionen der Leser wird ausdrücklich und vollständig ausgeschlossen. Bitte wenden Sie sich für rechtlich verbindliche Empfehlungen an einen lizenzierten Finanzberater oder eine Bank.

Dieser Artikel spiegelt die persönliche Haltung und die persönlichen Ansichten des Autors wider. Der Artikel erhebt weder den Anspruch auf Richtigkeit oder Vollständigkeit, noch erhebt der Artikel den Anspruch von Wissenschaftlichkeit. Zitate, auch Auszugsweise, oder Nachdruck nur auf Genehmigung durch Hartgeld.com